



18.10.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die **Krankenhausreform**, die wir im Bundestag verabschiedet haben, ist eine Jahrzehntereform. Die Notwendigkeit war seit vielen Jahren bekannt, denn obwohl wir sehr viel Geld ausgeben, ist die Qualität nicht auf Spitzenniveau. Und das wird sich ändern. Wir schaffen eine moderne Krankenhausstruktur, die die Gesundheitsversorgung für Jahrzehnte gut und sicher aufstellt. Mit der Reform stellen wir sicher, dass die medizinische Versorgung in der Fläche verbessert wird, die Patienten im Mittelpunkt stehen und die Versorgungsqualität steigt.

Was bedeutet das konkret für Dich? Die Menschen in unserer Region sollen sich darauf verlassen können, dass sie auch in Zukunft in ihrer Nähe eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung finden – egal, ob es um eine Notfallversorgung oder um planbare spezialisierte Behandlungen geht. Dabei ist wichtig, dass die allgemeine Gesundheitsvorsorge und Notfallversorgung in der Fläche bestehen bleibt und gestärkt wird. Wird eine spezialisierte Behandlung notwendig – so wird diese für jeden Patienten in hochqualifizierten Fachkliniken erbracht. Anreize für nicht notwendige Behandlungen beenden wir. Jeder soll die beste Qualität bekommen. Gute Patientenversorgung findet zukünftig nur dort statt, wo das Knowhow und die Kapazitäten vorhanden sind.

Ein zentrales Element der Reform ist die Überwindung der so genannten Fallpauschalen. Künftig werden die Patientinnen und Patienten nicht mehr als Fälle abgerechnet, sondern individuell und bestmöglich behandelt. Der wirtschaftliche Gewinn der Krankenhäuser ist nicht mehr allein von Fallzahlen abhängig, sondern von guter Qualität. Gerade in ländlichen Regionen wie dem Lahn-Dill-Kreis kann das den entscheidenden Unterschied ausmachen. Kleine und mittlere Krankenhäuser, die bisher unter großem finanziellem Druck standen, werden entlastet und gestärkt. Niemand möchte mit einem Hirntumor in einer Kleinklinik behandelt werden, aber jeder möchte nach einem Routineeingriff wie bspw. einem Beinbruch oder einer Blinddarmentzündung wohnortnah gut versorgt werden. Diese Strukturen stärkt die Krankenhausreform ganz konkret. So sichern wir

die Grundversorgung vor Ort und sorgen dafür, dass die wichtigsten Behandlungen dort durchgeführt werden, wo die Menschen leben.

Hinzu kommen eine bessere ärztliche Vernetzung und eine sektorenübergreifende Versorgung. Die Übergänge zwischen dem, was in einem Krankenhaus erbracht werden muss, und was ambulant besser behandelt werden kann, sind oft fließend. Die Reform schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Patientensteuerung am tatsächlichen Bedarf orientiert wird. Und dazu gehört auch, dass wir das Personal entlasten. Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte sollen nicht mehr mit Bürokratie überladen werden, sondern sich auf das konzentrieren, was wirklich zählt: die Patientinnen und Patienten. Mit einer besseren Arbeitsstruktur und mehr Unterstützung stärken wir den Arbeitsplatz Krankenhaus und machen ihn wieder attraktiver. Auch das ist ein wichtiges Signal im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Ich verstehe, dass viele Menschen Bedenken gegenüber solchen Veränderungen haben – insbesondere, wenn es um ein so sensibles Thema wie die Gesundheitsversorgung geht. Befürchtet wird oft, dass Krankenhäuser geschlossen oder die Versorgungsangebote vor Ort schlechter werden könnten. Doch ich kann Ihnen versichern: Wir handeln jetzt, um genau das zu verhindern. So wie es derzeit läuft, kann es auf keinen Fall weitergehen! Krankenhäuser stehen unter massivem Druck, das Personal ist überlastet, und Patientinnen und Patienten müssen oft zu lange auf Termine oder Behandlungen warten. Gleichzeitig sind viele Betten leer. Mit der Reform schaffen wir die nötigen Veränderungen, um das System zukunftssicher zu machen und eine bessere Versorgung zu gewährleisten.

Auch abseits der Gesundheitspolitik bewegt uns viel. **Deutschland muss wirtschaftlich stark bleiben**, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Doch wirtschaftlicher Erfolg allein reicht nicht – es geht auch darum, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu handeln. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Industrie stark bleibt, Arbeitsplätze gesichert werden und wir gleichzeitig in Zukunftstechnologien investieren, die unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheidend voranbringen. Denn wir müssen den Wandel aktiv gestalten, damit wir unseren Wohlstand sichern und Arbeitsplätze und Beschäftigte auch in schwierigen Zeiten schützen können.

In seiner Regierungserklärung am Mittwoch kündigte der Bundeskanzler eine **industriepolitische Offensive** an. Noch vor Ende des Monats will er Unternehmensvertreter, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände zu einem Industriegipfel ins Kanzleramt einladen, um über Wege aus der Wirtschaftsflaute zu sprechen. „Das, was dabei rauskommt, werde ich diesem Parlament vorschlagen, auch auf den Weg zu bringen, damit es vorangeht in Deutschland“, sagte Olaf Scholz und macht damit die Frage der Wirtschaft zur Chefsache.

Außerdem sprach der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung noch über das Verhältnis zu den USA, die Unterstützung für die Ukraine, den Krieg zwischen Hamas und Israel, Bürokratieabbau, eine Kapitalmarktunion und eine andere Handelspolitik. Die gesamte Rede kannst Du [hier anschauen](#).

Und es gibt gute Neuigkeiten im Bereich der beruflichen Weiterbildung: Das **Aufstiegs-BAföG** wird noch attraktiver. Wer sich beruflich fortbilden möchte, zum Beispiel zur Meisterin oder zum Fachwirt, kann

Lehrgänge und Prüfungen künftig besser finanzieren. Wer die Abschlussprüfung besteht oder sogar einen eigenen Betrieb gründet, kann mit einem höheren Erlass des Darlehens rechnen. Alleinerziehende erhalten mehr Unterstützung für die Kinderbetreuung, und Arbeitgeber können sich an den Kosten beteiligen, ohne dass dies auf die Förderung angerechnet wird. Diese Verbesserungen sind ein wichtiges Signal für alle, die ihre beruflichen Chancen weiter ausbauen wollen – unabhängig von Einkommen oder Vermögen.

UNION BLOCKIERT MEHR BEFUGNISSE FÜR DIE SICHERHEITS- BEHÖRDEN

Ein weiterer zentraler Punkt ist das neue **Sicherheitspaket**, das wir beschlossen haben. Nach den schrecklichen Gewalttaten in Solingen und anderen Städten mussten wir handeln. Unser Ziel ist es, unser Land sicherer zu machen, ohne dabei unsere Grundrechte aus den Augen zu verlieren. Wir haben das Waffenrecht verschärft und die Sicherheitsbehörden mit mehr Befugnissen ausgestattet, um Extremismus und Terror effektiver bekämpfen zu können. Gleichzeitig bleiben wir ein Land, das auf Einwanderung und Integration setzt. Deshalb stellen wir uns gegen jede pauschale Kriminalisierung von Menschen mit Migrationshintergrund und kämpfen für eine Gesellschaft, in der Humanität und Sicherheit Hand in Hand gehen.

Diese Ausweitung der Befugnisse für die Sicherheitsbehörden hat die Union im Bundesrat abgelehnt. Obwohl die Polizeien in den Ländern mehr Befugnisse fordern, um ihrer Arbeit besser nachgehen zu können, haben die unionsregierten Bundesländer diese sinnvollen Maßnahmen blockiert. Das zeigt, dass in der Merz-CDU Parteitaktik vor dem Wohl des Landes steht. Verantwortungsbewusstsein ist für Friedrich Merz ein Fremdwort.

Zum Schluss freue ich mich noch über den **Besuch aus meinem Wahlkreis**. Mein ehemaliger Praktikant Malte Stoll hat 4 Tage lang am Planspiel Jugend und Parlament des Deutschen Bundestages teilgenommen. Hier schlüpfen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Rolle von Bundestagsabgeordneten. Zum Ende der Simulation haben sie dann die Gelegenheit, die echten Abgeordneten noch mal persönlich zu befragen.

